

Russland

Hetze gegen MH17-Ermittler

Die Erkenntnisse des internationalen Ermittlungsteams zum Abschuss der malaysischen Boeing über der Ostukraine werden vom Kreml zwar als „politisch motiviert“ zurückgewiesen. Trotzdem hat in Moskau eine Diskussion darüber begonnen, ob Russland nun eine Anklage drohe. Die Rechtsprofessorin Marina Filimonowa glaubt das nicht: Keines der vier internationalen Gerichte, die weltweit existierten, werde die Erklärung der Ermittler als Rechtsgrundlage akzeptieren. Andere Experten wei-

sen darauf hin, Russland als Staat könne gar nicht belangt werden – als Verantwortliche für Kriegsverbrechen würden stets nur Einzelpersonen angeklagt. Der Spezialist für internationales Recht Walerij Wanin dagegen ist überzeugt, selbst eine zweifelhafte Beweislage werde ein internationales Tribunal nicht davon abhalten, Russland zu verurteilen. Das scheint auch die Führung in Moskau zu befürchten, denn einmütig fallen die kremlnahen Medien weiter über das Ermittlerteam her. Deren Arbeit sei durch nichts legitimiert, erklärte der Luftfahrtexperte Witalij Bordunow in der Regierungszeitung „Rossijskaja gaseta“.

Was die Ermittler täten, sei „illegal“, sämtliche Forderungen des Chicagoer Abkommens über die Internationale Zivilluftfahrt seien missachtet worden. Die Niederlande etwa gehörten gar nicht zu jenen Staaten, die bei der Aufklärung herangezogen werden durften, das unmittelbar betroffene Malaysia dagegen sei von den Untersuchungen längere Zeit ausgesperrt worden. Die internationale Ermittlergruppe habe sich „selbst ernannt“ – und sei deshalb nicht ernst zu nehmen. cne



Multimedia-Spezial:
Wer warum schoss

spiegel.de/sp402016mh17
oder in der App DER SPIEGEL

Vereinte Nationen Blockadepolitik

Die Republikaner im US-Senat wollen das internationale Abkommen zur Verhinderung von Atomwaffentests blockieren. Es würde „unsere Fähigkeiten sehr beschneiden, atomare Gegner abzuschrecken“, so Senator Tom Cotton. Präsident Barack Obama möchte den Vertrag unbedingt vor Ende seiner Amtszeit ratifizieren, braucht da-

für aber eine Zweidrittelmehrheit im Senat, die bislang an der Verweigerung der Republikaner scheitert. In einem offenen Brief hat eine Mehrheit der republikanischen Senatoren, darunter Marco Rubio und John McCain, Obama vor einem Alleingang gewarnt. Im Senat finde das Abkommen „gegenwärtig keine Unterstützung“. Sollte Obama eine Resolution im Uno-Sicherheitsrat anstreben, die eine Abstim-

mung im Senat überflüssig machen würde, drohen ihm die Republikaner mit einem Haushaltsveto. Das 1996 aufgesetzte Abkommen, das von 166 Ländern ratifiziert wurde, tritt nur in Kraft, wenn sich ihm alle Staaten anschließen, die über Kern-technologie verfügen. Die USA zählen mit China, Indien und Nordkorea zu den Nationen, die sich bislang weigern, die Vereinbarung zu ratifizieren. hst



Aristide

Haiti

Rückkehr als Wahlkämpfer

Ein Gespenst der Vergangenheit ist vor der Präsidentschaftswahl am 9. Oktober wieder aufgetaucht: der umstrittene Expräsident Jean-Bertrand Aristide, 63. Der einstige Armenpriester wirbt in den Elendsvierteln für Maryse Narcisse, 57, die Kandidatin seiner Partei Lavalas. Aristide strebe kein politisches Amt mehr an, versichert die Kandidatin. Doch Beobachter bezweifeln, dass der Expräsident ohne Eigennutz für sie kämpft: „Ihr Sieg würde es Aristide erlauben, aus dem Schatten mitzuzie-

ren“, so der amerikanische Haiti-Experte Henry Carey. Aristide war im Jahr 2011 aus dem Exil zurückgekehrt. In den Achtzigerjahren hatte er den Widerstand gegen Diktator Jean-Claude „Baby Doc“ Duvalier angeführt. 1990 kam er an die Macht, ein Jahr später putschte das Militär gegen ihn. 1994 kehrte er, von der US-Regierung unterstützt, ins Präsidentenamt zurück – und bestimmte zehn Jahre lang Haitis Politik. Kritiker warfen ihm vor, in Korruption und Drogenhandel verwickelt zu sein. Aber in den Slums hat Aristide bis heute viele Anhänger. Narcisse werden bei einer wohl notwendigen Stichwahl Chancen eingeräumt. jgl